

Interpellation Gartmann-Mels / Hartmann-Walenstadt vom 25. November 2014

## **Soll aus dem Sarganserland das Biotop des Kantons werden? Seez- und Rheinprojekte müssen zwingend sistiert und überprüft werden!**

Schriftliche Antwort der Regierung vom 20. Januar 2015

Walter Gartmann-Mels und Christof Hartmann-Walenstadt erkundigen sich in ihrer Interpellation vom 25. November 2014, warum die grossen Renaturierungsvorhaben des Kantons nur im Sarganserland und See-Gaster umgesetzt werden. Zudem möchten sie wissen, wie solche Wasserbauvorhaben finanziert werden und ob die Regierung bereit ist, die geplanten Projekte an der Seez und am Rhein zu sistieren, um nach für Landbesitzer verträglichen Lösungen zu suchen.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Die gesetzlichen Bestimmungen auf Bundes- und Kantonsebene verlangen unter anderem, dass im Fall von Hochwasserschutzprojekten neben der Verbesserung oder Erhöhung des Hochwasserschutzes (Erhöhung der Abflusskapazität, Regelung des Überlastfalles, Einsatzplanungen usw.) auch die natürliche Funktion des Gewässers wiederhergestellt wird. Diese zwingende Vorgabe bildet im Kanton St.Gallen die Grundlage für die Ausarbeitung von Hochwasserschutzprojekten, um bewilligungsfähige und rechtskräftige Projekte zu erlangen. Konkret sind die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Hochwasserschutz- und Renaturierungsprojekte im Kanton St.Gallen vor allem im kantonalen Wasserbaugesetz (sGS 734.1; abgekürzt WBG) festgelegt. Auf Bundesebene massgebend ist das eidgenössische Gewässerschutzgesetz (SR 814.20; abgekürzt GSchG).

Zu den einzelnen Fragen:

1. Konkrete Renaturierungsvorhaben entlang von Kantonsgewässern laufen zurzeit im Kanton St.Gallen ausschliesslich am Rhein (Aufweitung Bad Ragaz / Maienfeld aus dem Entwicklungskonzept Alpenrhein) in enger Zusammenarbeit mit dem Kanton Graubünden und den Standortgemeinden sowie an der Thur (Thurauen) zusammen mit den Gemeinden Uzwil, Zuzwil und Wil. Die beiden Projekte an Kantonsgewässern entstanden aus der Notwendigkeit der Bauwerkserneuerung bzw. aus der kantonalen Renaturierungsplanung. Bei beiden Projekten sind die betroffenen Gemeinden eng mit einbezogen und stimmen dem Vorhaben zu. Beide Projekte beanspruchen auf Kantonsgebiet St.Gallen im Wesentlichen Auwaldgebiete und nur wenig Kulturlandflächen.

Das in der Interpellation angesprochene Seez-Projekt ist kein Renaturierungs- sondern ein kantonales Hochwasserschutzprojekt. Die anstehende dritte Realisierungsstufe ist eine Weiterführung des generellen Hochwasserschutzprojekts an der Seez, mit dem im Jahr 2001 baulich begonnen wurde. Grund für die Sanierung der Seez ist, dass die Lebensdauer des Bauwerks erreicht und eine Gesamterneuerung der Seez oberhalb des Siedlungsgebiets Flums mit gleichzeitiger Verbesserung des Hochwasserschutzes notwendig ist. Für die Bewilligungsfähigkeit des Projekts ist es erforderlich, dass die Bestimmungen in der Bundes- und Kantonsgesetzgebung eingehalten und erfüllt sind. Dies bedeutet, dass neben dem Hochwasserschutz auch eine naturnahe Gestaltung und die Herstellung der natürlichen Funktion des Gewässers sicherzustellen sind.

Bei allen anderen Renaturierungsvorhaben an Gemeinde- und übrigen Gewässern geht die Initiative zur Umsetzung in der Regel von den betroffenen Standortgemeinden oder von Privaten aus.

2. Beim kantonalen Renaturierungsprojekt am Rhein in Bad Ragaz werden im Wesentlichen Waldflächen beansprucht. Im Rahmen des Projekts werden sogar zusätzliche landwirtschaftliche Nutzflächen geschaffen.

Beim Hochwasserschutzprojekt Seez wurde mit der weitgehenden Verlegung des künftigen Flusslaufs an den Hangfuss darauf geachtet, dass – soweit möglich – anstelle von produktivem Landwirtschaftsland neue Gebiete beansprucht werden, die bereits heute ausschliesslich extensiv genutzt werden können. Mit dem Projekt werden in sehr geringem Mass Fruchtfolgeflächen beansprucht. Eine Kompensation dieser Flächen ist zudem durch Auffüllung des alten Seezlaufs vorgesehen. Diese Flächen können künftig landwirtschaftlich genutzt werden.

Im Übrigen werden bei allen Hochwasserschutz- und Renaturierungsprojekten im Kanton die gleichen Planungsgrundsätze angewandt. Von einer unfairen Behandlung einer Region gegenüber anderen kann daher nicht die Rede sein.

3. Dem Renaturierungsvorhaben am Rhein in Bad Ragaz haben die Gemeinden Bad Ragaz und Maienfeld im Grundsatz zugestimmt. Zudem konnte mit den betroffenen Landbesitzern in Bad Ragaz bereits eine einvernehmliche Lösung gefunden werden. Eine Sistierung dieses Projekts mit Blick auf eine für Landbesitzer verträgliche Lösung ist deshalb weder notwendig noch sinnvoll.

Das Hochwasserschutzprojekt an der Seez wurde zusammen mit den Standortgemeinden erarbeitet. Die Projektorganisation der ersten und der zweiten Seez-Ausbauetappe wurde auch für die anstehende dritte Etappe beibehalten. In der ständigen Ausführungskommission haben Vertreter der Gemeinden Mels, Flums und Walenstadt und des Seezunternehmens Einsitz. Mit Beschluss vom 10. bzw. 17. Juni 2014 haben die Gemeinderäte Flums und Mels dem Projekt und der Durchführung der Auflage zugestimmt. Das Auflageverfahren ist in der Zwischenzeit abgeschlossen. Die Bereinigung der Einsprachen ist im Jahr 2015 vorgesehen. Ein Abbruch des Verfahrens steht für die Regierung aufgrund des grossen öffentlichen Interesses am Hochwasserschutzprojekt nicht zur Diskussion.

4. Die Finanzierung der Hochwasserschutz- und Renaturierungsprojekte erfolgt – je nach Klassierung der betroffenen Gewässer – gemeinsam durch Bund, Kanton und Standortgemeinden. Der Bund hat sich im Rahmen von Leistungsvereinbarungen mit den Kantonen zu massgeblichen finanziellen Beiträgen verpflichtet. So hat der Bund für das kantonale Renaturierungsprojekt am Rhein in Bad Ragaz einen Beitrag von 70 Prozent in Aussicht gestellt. Die Restkosten werden aus den kantonalen wasserbaulichen Krediten finanziert.

Der Beitragsplan für die dritte Ausbauetappe an der Seez sieht eine Beteiligung der Gemeinden von 25 Prozent an den wasserbaulichen Massnahmen vor. Dies entspricht den Vorgaben des kantonalen Wasserbaugesetzes. Der Bund hat einen Beitrag von 40 Prozent in Aussicht gestellt. Die Restkosten werden aus den wasserbaulichen Krediten des Kantons finanziert. Damit entspricht der Verteilschlüssel in etwa demjenigen der beiden früheren Ausbauetappen.

Die dem Kanton über mehrere Jahre anfallenden Kosten für beide Projekte sind in der Finanzplanung des Kantons vollumfänglich berücksichtigt.